

**StudentInnenschaft der Universität Bern (SUB)
Vorstand**

Lerchenweg 32 Telefon 031 631 54 11 E-Mail vorstand@sub.unibe.ch
CH-3000 Bern 9 Telefax 031 631 35 50 <http://www.sub.unibe.ch>

**Vernehmlassungsantwort der StudentInnenschaft der Universität Bern zum
Hochschulkonkordat sowie zur ZSAV**

Sehr geehrte Frau Chassot

Sehr geehrter Herr Ambühl

Als öffentlich-rechtliche Vereinigung der Studierenden der Universität Bern möchte die StudentInnenschaft der Universität Bern (SUB) gerne die Möglichkeit nutzen, zum Hochschulkonkordat sowie zur ZSAV Stellung zu nehmen.

Die SUB begrüsst beide Vorlagen, da sie die Koordination im Hochschulbereich weiter vorantreiben. Ebenso sind wir erfreut, dass gemeinsame und konkrete Ziele gesetzt werden sowie beide Entwürfe den Zweck haben, diese Ziele zu erreichen - dies insbesondere in der Förderung und Sicherung der Qualität in der Lehre.

Dennoch möchte die SUB allerdings zwei Punkte zu bedenken geben. Wir können grundsätzlich nicht nachvollziehen, weshalb das HFKG den Hochschulangehörigen und insbesondere den Studierenden kein Stimmrecht in den entsprechenden Gremien einräumt und damit darauf verzichtet, sie als direkt Betroffene einerseits und ExpertInnen andererseits die Ausgestaltung der Schweizer Hochschullandschaft explizit mitbestimmen zu lassen.

Die Mitbestimmung und Mitwirkung durch Studierende ist für die SUB im jetzigen Entwurf ungenügend geregelt. Das HFKG garantiert Einsitz ohne Stimmrecht im Hochschulrat, allerdings ist weder der Informationsfluss zu ihren Vertretungen noch ein Einsitz in der Rektorenkonferenz geregelt.

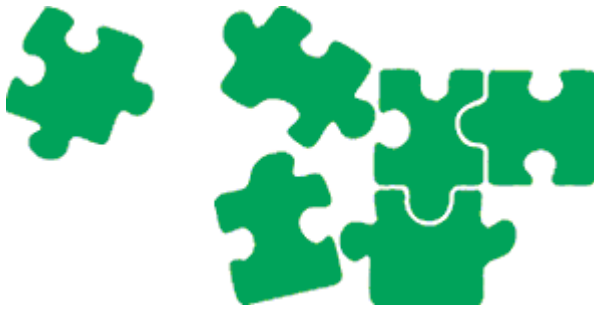
Zudem bedauert die SUB, dass in beiden Entwürfen die Chancengleichheit beim Zugang zu und an den Hochschulen nicht erwähnt wird. Diese Grundaufgabe von Bund und Kantonen muss ebenfalls gemeinsam wahrgenommen und koordiniert werden und muss unbedingt aufgenommen werden.

Zu den betroffenen Artikeln im Einzelnen:

ZSAV

Art. 4 lit. c.: Es besteht die Gefahr, dass bei Zirkularbeschlüssen die im HFKG geregelte beratende Funktion der Organisationen und Personen ohne Stimmrecht nicht wahrgenommen werden kann. Deshalb schlägt die SUB vor, auf diesen Punkt zu verzichten.

Art. 5 Abs. 4: Die vorliegende Formulierung verzichtet unverständlicherweise auf ein Einsitz- und Antragsrecht der Hochschulangehörigen analog zur Hochschulkonferenz. Dies ist umso mehr störend, als dass sie zwar die detaillierte Umsetzungen an den Hochschulen in den jeweiligen Gremien mitbestimmen können, nicht aber über die gesamtschweizerische Umsetzung der Beschlüsse der Hochschulkonferenz, für die die Rektorenkonferenz gemäss



**Studentinnenschaft der Universität Bern (SUB)
Vorstand**

Lerchenweg 32 Telefon 031 631 54 11 E-Mail vorstand@sub.unibe.ch
CH-3000 Bern 9 Telefax 031 631 35 50 <http://www.sub.unibe.ch>

Art. 5 Abs. 3 zuständig ist. Analog zu den hochschulinternen Gremien ist der Einsitz und das Antragsrecht einer studentischen Vertretung zwingend nötig.

Hochschulkonkordat

Art. 1: Die SUB bedauert, dass der Entwurf an dieser Stelle die Chancengleichheit nicht aufnimmt. Die Kantone und der Bund sind als HochschulträgerInnen dafür verantwortlich, dass allen, ungeachtet ihres finanziellen Hintergrunds, des Geschlechts, der Herkunft oder allfälliger körperlicher oder psychischer Beschwerden der Zugang zu den Hochschulen gewährleistet wird.

Ausserdem ist unklar, was „Qualität“ im vorliegenden Entwurf bedeutet. Es bleibt offen, ob damit das Erreichen ökonomischer Kennzahlen oder qualitativ-normative Kriterien gemeint sind. Die SUB hofft, dass letzteres angestrebt wird.

Ebenso ist unklar, was „Wettbewerbsfähigkeit“ meint. Die SUB lehnt die damit wahrscheinlich implizierte Fokussierung auf Rankings und ökonomische Kriterien entschieden ab. Damit wird ein Scheinwettbewerb geschaffen, unter dem aller Wahrscheinlichkeit nach die Chancengleichheit und die Qualität der Lehre leiden.

Art. 7: Die SUB begrüsst zwar, dass die Studierenden als relevanter Faktor in der Beschlussfassung angesehen werden. Allerdings kann dies nicht durch das vorgesehene Punktesystem geschehen, sondern nur durch den konsequenten Einbezug der Studierenden in die Beschlussfassung. Die SUB wiederholt aus diesem Grund die Forderung, dass den Studierenden mehr Partizipationsmöglichkeiten in den Gremien zu gewähren ist.

Wir danken für die Aufmerksamkeit und hoffen, dass unsere Anliegen berücksichtigt werden können.

Mit freundlichen Grüssen

Dominik Fitze

Vorstand SUB

Ressort Nationale Hochschulpolitik

Fabiane Reber

Vorstand SUB

Ressort Universitäre Hochschulpolitik